



Denkmalgeschütztes Rathaus in der Uhlstraße – hier droht kein Abriss

DER KOMMENTAR von Sascha Lanzrath

»Bürgermeister vor Scherbenhaufen«

Die Kontroverse um den Abriss und Neubau des Rathausanbaus im Steinweg hält an. Der Plan des Bürgermeisters ist aber bereits gescheitert. Er wollte im Schulterschluss mit der CDU, SPD und FDP ein Projekt mit einem Investitionsvolumen von mehr als 10 Millionen Euro ohne ausreichende Information des Rates und der Brühler Bürger im Schweinsgalopp zu Ende führen. Nun steht er vor einem Scherbenhaufen.

Zuerst hat er die Initiative von 4.500 Brühlerinnen und Brühlern ins offene Messer laufen lassen: Er ließ ein »Rechtsgutachten« erstellen, mit dessen Hilfe er das eingereichte Bürgerbegehren als rechtswidrig abgetan hat. Er bemängelt, dass im Text des Bürgerbegehrens lediglich die Investitionskosten, nicht aber die »jährlichen Folgekosten« erwähnt seien. Seltsam daran ist jedoch, dass ihm dieser vermeintliche Fehler erst aufgefallen ist, als alle Unterschriften abgegeben waren. Seine Prüfung im Vorfeld war nämlich noch zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Fall der Unzulässigkeit »nicht ersichtlich« ist.

Nachdem die Grünen bereits in der Ratssitzung darauf aufmerksam gemacht haben, dass das Gutachten des Bürgermeisters an erheblichen Mängeln leidet, haben sie die Bezirksregierung als Kommunalaufsicht eingeschaltet.

Das Urteil des Bürgermeisters ist nach ihrer Ansicht nämlich auch in der Sache falsch: Für einen Kostenvergleich der Alternativen Abriss/Neubau und Sanierung sind die Investitionskosten maßgeblich. Mit »jährlichen Folgekosten« meint der Bürgermeister die Umrechnung dieser Kosten auf eine hypothetische und völlig unrealistische Nutzungsdauer eines Neubaus von 80 (!) Jahren. Zum Vergleich: Der Rathausanbau, der nun abgerissen werden soll, ist erst 47 (!) Jahre alt.

Diese Sichtweise wurde von der Bezirksregierung Köln prompt bestätigt: Das Bürgerbegehren ist rechtmäßig und damit der anders lautende Ratsbeschluss rechtswidrig. Da der Bürgermeister jedoch die Ansicht der übergeordneten Behörde ignorierte, musste er sogar von der Regierungspräsidentin Walsken gezwungen werden, keine Tatsachen zu schaffen, die der von der Bürgerinitiative eingereichten Klage gegen den Ratsbeschluss zuwider laufen würden.

Kreuzberg bleibt weiterhin stur. Ende April will das Verwaltungsgericht Köln sein Urteil sprechen. Dieses hat sich im letzten Jahr schon einmal mit einem Anliegen Brühler Bürger beschäftigt: Die Baugenehmigung für die Phantasieland-Attraktion »Wakobato« wurde wegen zahlreicher Fehler des Bürgermeisters für rechtswidrig erklärt.

TITELTHEMA

Rathausanbau

Gegen den von der Ratsmehrheit gefassten Beschluss, das Bürgerbegehren Brühler Bürger für unzulässig zu erklären hat die Bürgerinitiative Klage eingelegt...

Mehr dazu auf Seite 2

DICKER HUND

Auf Kosten der Schüler

Laut Schul-Orga-Teams »weiß keiner genau, wie viele Karten der Grebarsche für die Abiparty am 4.2. hat drucken lassen.« Es waren so viele, dass um 21:00 die Türen geschlossen wurden. Die Jugendlichen warteten bei -10°C bis zu drei Stunden. Folgen: Unterkühlungen und Imageschaden für das Cultra.

MORITZ POLL

INHALT

Titelthema: Rathausanbau	2
Interview: Harry Hupp im Gespräch	2
Thema: Liste »Brühl International«	2
Aus Kommune und Kreis	3
Thema: Phantasieland-Erweiterung	3
Aus NRW	4
Aus den Ausschüssen	4
Vorschau	4
Aus Der Partei	4
Bürgerkommentar	4



© Schwarwel/Fotolia.com

THEMA

Zwischenbilanz der Liste

»Brühl International« nach dem Einzug in den Integrationsausschuss

Der Integrationsausschuss besteht nun seit März 2012 in seiner jetzigen Konstellation. Diese zwei Jahre möchte die Vertreterin der Liste »Brühl International«, Nilgün Özcelik, als Anlass für eine Zwischenbilanz nehmen.

Als erstes ist unsere mit sehr großem Erfolg durchgeführte Kunstausstellung »IntegrARTion« in der Galerie am Schloss am 11.09.2011 zu nennen. Ziel dieser Gruppenausstellung war es, Positivbeispiele von gelungener Integration aufzuzeigen, die in der Integrationsdebatte leider wenig Beachtung finden. Durch das Zusammenbringen von in Brühl ansässigen ausländischen und deutschen Künstlern gelang es, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Anlässlich des 50-jährigen Bestehens des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens haben wir am 19.10.2011 eine Lesung mit anschließender Diskussion mit der türkischstämmigen Autorin Lale Akgün veranstaltet.

Last but not least wurde am 14.12. des letzten Jahres erstmalig eine Einbürgerungsfeier für die in 2011 eingebürgerten Mitbürger durch die Stadt ausgerichtet. Auch dies wurde auf unsere Initiative hin durchgeführt. Die Einbürgerungsfeier sollte eine Würdigung des Eintrittes in die deutsche Staatsbürgerschaft und der Integrationsbereitschaft sein.

»Für die Zukunft gilt es, unsere Ziele nach Abstimmung mit dem Integrationsausschuss erfolgreich weiterzubringen. Gerne nehmen wir auch Vorschläge aller Bevölkerungsgruppen entgegen«, so Nilgün Özcelik.

NILGÜN ÖZCELIK

INTERVIEW

Rechtsstreit statt Bürgerentscheid

Im Gespräch: Harry Hupp, Vertretungsberechtigter der Bürgerinitiative »Rathaus-Anbau Steinweg bleibt«

Das Interview führten Karin Tieke und Richard Wiese. Das vollständige Interview ist auf unserer facebook-Seite als Video verfügbar.

Brühlgrün: *Ihr wartet auf das Ergebnis Eurer Klage gegen die Entscheidung des Stadtrates, der euer Bürgerbegehren für unzulässig erklärt hat. War die Unterschriftensammlung für Euch trotzdem ein Erfolg?*

Harry Hupp: Die Erfahrung auf der Straße mit dem Bürger war für uns schön. Von heute auf morgen haben wir statt der geforderten 2.500 Unterschriften 4.500 fristgerecht an die Stadtverwaltung und Herrn Kreuzberg übergeben. Danach sind wir davon ausgegangen, dass alles seinen normalen Weg ginge. Leider haben wir später erfahren, dass der Ablauf von der Stadt moniert worden ist, was wir bis heute nicht richtig verstehen können.

Wie ist es dann weiter gegangen?

In der Ratssitzung am 17. Oktober 2011 sind wir mit einem Gutachten konfrontiert worden. Es

sollte klären, ob unser Bürgerbegehren rechtens ist. Dieses Gutachten auf Kosten der Steuerzahler ist gegen die Bürger gerichtet.

Ich hatte den Eindruck einer Nötigung. Dem Rat wurde ungefähr gesagt: »Entscheidet Euch gegen die Bürgerinitiative, sonst macht Ihr was falsch und seid juristisch angreifbar.« Ich hatte das Gefühl, dass der eine oder andere Ratsherr im Stadtrat gegen seine Überzeugung entschieden hat.

Ein Mitglied Eurer Initiative, Dr. Bernd Boecken, hat publik gemacht, dass die Stadtverwaltung ein zweites juristisches Gutachten in Auftrag gegeben hat. In einer Pressemitteilung dazu wirft die Regierungspräsidentin dem Bürgermeister seinen Ton vor und ruft zu mehr Haushaltsdisziplin auf.

Wir hatten die Möglichkeit zum Einblick in die Protokolle. Es gab ein Gespräch zwischen Herrn Kreuzberg und der Regierungspräsidentin, das man auf dem Flur gut hören konnte. Die Regierungspräsidentin hat sich über die Art und Weise aufgeregt, wie Herr Kreuzberg sich gebärdet. Er muss sich ja immer vor Augen halten, dass er der

TITELTHEMA

Gericht will im April entscheiden

Das Verwaltungsgericht Köln will Ende April darüber entscheiden, ob das von ca. 4.500 Brühler Bürgern unterschriebene Bürgerbegehren zulässig ist. Die Ratsmehrheit aus CDU, SPD und FDP hatte es für unzulässig erklärt und damit die Befragung der Brühler Bürger über den Abriss und Neubau des Rathausanbaus verhindert. Gegen diesen Beschluss hat die Bürgerinitiative Klage eingelegt.

Angesichts des bevorstehenden Gerichtsentscheids scheint nun auch bei der Ratsmehrheit ein Umdenken stattzufinden. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Hans Theo Klug, hat sich in der letzten Ratssitzung für seine harschen Angriffe gegenüber der Bürgerinitiative und insbesondere ihrem Mitinitiator Heinz Schmitz entschuldigt. Er hatte diesem vorgeworfen, absichtlich Bürger, Verwaltung und Rat mit Fehlinformationen über die Kosten von Abriss und Neubau täuschen zu wollen. Dabei hatten wir Grüne schon frühzeitig aufgedeckt, dass vielmehr die Zahlen der Verwaltung unzutreffend waren. Die SPD stellte den Antrag, einen Ratsbürgerentscheid auf den Weg zu bringen, obwohl sie dies im letzten Juni noch abgelehnt hatte. Ein Ratsbürgerentscheid sei kein adäquater Ersatz für die Meinungsbildung im Rat und verursache zudem hohe Kosten, so die damalige Argumentation des Fraktionsvorsitzenden Dr. Matthias Petran. Der Sinneswandel kommt aber zum falschen Zeitpunkt. Wenn nämlich das Gericht der Bürgerinitiative Recht gibt, kommt es ohnehin zu einer Abstimmung der Brühler Bürger über die Rathausangelegenheit. Nur wenn das Gericht die Klage ablehnt, muss sich der Rat die Frage stellen, ob er selbst die Bürger beteiligen möchte, indem er einen Ratsbürgerentscheid auf den Weg bringt.

Der Stimmungsumschwung in den Fraktionen der CDU und SPD stimmt uns in dieser Sache dennoch positiv. Auch sie haben endlich verstanden, dass man bei einer solch wichtigen Angelegenheit nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden kann.

Einzig der Bürgermeister scheint die Zeichen der Zeit noch immer nicht verstanden zu haben. Zuerst hat er die Initiative bei der Formulierung des Abstimmungstextes in Sicherheit gewogen. Dann hat er das Bürgerbegehren aus formalen Gründen abgelehnt und sich dabei auf ein zweifelhaftes Rechtsgutachten gestützt, das er kurzfristig zulasten der Stadtkasse in Auftrag gegeben hatte. Spätestens die Rüge der Regierungspräsidentin als übergeordnete Aufsichtsbehörde, die klar festgestellt hatte, dass das Bürgerbegehren zulässig ist, hätte den Bürgermeister aber umstimmen müssen. Vielleicht ärgerte er sich darüber, dass wir Grüne mit unserer Argumentation in der eingeleiteten Aufsichtsbeschwerde vollends überzeugen konnten. Die Sturheit des Bürgermeisters



Foto: Wiese

Engagierter Bürger: Harry Hupp

Vertreter der Bürger und von ihnen bezahlt ist. Zum Gutachten: Ich kann die Aussage bestätigen, kann aber jetzt noch nichts schriftlich vorlegen.

Wir danken Dir für das Interview!



Zankapfel: Das Rathaus am Steinweg

konnte nicht gebrochen werden. Im Gegenteil musste er schließlich dazu gezwungen werden, keine unumkehrbaren Schritte in der Sache Abriss und Neubau zu schaffen, während die Klage der Bürgerinitiative läuft.

Wir wünschen der Bürgerinitiative, dass sie vor Gericht Recht bekommt und der von ihr angestoßene Bürgerentscheid zeitnah durchgeführt wird. Sollte die Klage abgelehnt werden, erwarten wir von allen Ratsfraktionen, dass sie eine Beteiligung der Bürger mittels eines Ratsbürgerentscheid auf den Weg bringen. Gleichzeitig ist es unabdingbar, dass der Bürgermeister endlich für eine inhaltliche Klärung sorgt. Wichtige Fakten, wie eine umfassende, realistische Kostenkalkulation fehlen bis heute. Viele von Ratsleuten und Bürgern gestellte Fragen blieben unbeantwortet. Andernfalls haben die Bürger keine andere Wahl als den Rathausneubau abzulehnen, so wie es unsere Fraktion eben aus diesen Gründen getan hat. Die Katze im Sack kauft in Brühl keiner mehr. Das sollte dem Bürgermeister klar sein. JOHANNA MÄSGEN & SASCHA LANZRATH



Eng, dunkel, gefährlich – kein sicherer Ort für Fußgänger und Radfahrer

AUS KOMMUNE UND KREIS

DB-Unterführung der Renault-Nissan-Straße soll sicherer werden

Die DB-Unterführung der Renault-Nissan-Straße zwischen Brühl-Vochem und dem Eisenwerk soll langfristig einen eigenen Tunnel für Fußgänger und Radfahrer erhalten. Die Finanzierung dieser mehrere Millionen Euro teuren Maßnahme ist noch nicht gesichert. Daher soll die vorhandene Unterführung sicherer gemacht werden, denn die viel zu dunkle Unterführung bietet für Fußgänger und Radfahrer keinen ausreichenden Platz und gehört zu den zehn gefährlichsten Punkten für den Radverkehr im gesamten Kreisgebiet. Mit einer sich den wechselnden Lichtverhältnissen automatisch anpassenden LED-Beleuchtung, einer die Straße optisch einengenden Markierung und Entfernung des Mittelstreifens, mit Warnhinweisen und einer weitergehenden Tempobegrenzung soll mehr Sicherheit hergestellt werden.

Johannes Bortlitz-Dickhoff (Grüne), Verkehrsausschussmitglied in Brühl und Vorsitzender des Kreisverkehrsausschusses hierzu: »Es war nicht ganz einfach, alle zuständigen Behörden dazu zu bewegen, hier gemeinsam zu handeln. Die Bahn ist für das Bauwerk zuständig, der Rhein-Erft-Kreis ist Baulastträger der Kreisstraße und die Stadt Brühl ist Verkehrsordnungsbehörde. Nachdem der Kreis und die Stadt zu gemeinsamen Ortsterminen überredet werden konnten, sieht es so aus, dass die Bahn die Maßnahmen akzeptiert, der Kreis die Maßnahmen bezahlt und die Stadt sie zuvor angeordnet. Es geht, aber es kostet Nerven. Losgehen soll es im April.« JOHANNES BORTLITZ-DICKHOFF

THEMA

Phantasialand-Erweiterung nach Osten

Stadt vollzieht Kehrtwende

Mit großer Mehrheit und gegen die Stimmen der Grünen hat der Planungsausschuss der Stadt Brühl Ende Januar grünes Licht für eine mögliche Erweiterung des Phantasialandes nach Osten in Richtung Wohnbebauung Badorf/Eckdorf gegeben. Einer entsprechenden Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, der die regionalen Ziele der Raumordnung festlegt, wurde zugestimmt. Damit stellte sich der Ausschuss gegen anderslautende Beschlüsse aus der Vergangenheit.

Dabei ist es nicht nachvollziehbar, dass an den Erweiterungsplänen festgehalten wird. Schließlich hat der nordrheinwestfälische Umweltminister Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen) einen Verkauf der dafür benötigten Waldflächen längst ausgeschlossen. Die Taktik, dass irgendwann irgendein Nachfolger zustimmt und dann nur noch die Pläne aus der Schublade gezogen werden müssen, wird nach unserer Einschätzung nicht aufgehen.

»Auf wen wartet man denn? Selbst Rimmels Vorgänger, Herr Uhlenberg von der CDU und der ehemalige CDU-Regierungspräsident Lindlar

haben sich öffentlich gegen einen Verkauf ausgesprochen. Hier wird ein Verfahren für den Mülleimer geplant, auf Kosten der Steuerzahler«, so Agnes Niclasen, Ratsmitglied der Grünen.

Zudem ist es fraglich, ob die Erweiterung überhaupt noch nötig ist. Die Hotels des Freizeitparks boomen, der Tagungsbereich wird ausgebaut und es gibt eine gute Zusammenarbeit mit Film und Fernsehen. Der Park belegt in Rankings immer wieder Spitzenplätze, er wird als »Park der kurzen Wege« gelobt. Wir freuen uns, dass es dem Park augenscheinlich gut geht, auch ohne eine weitere Ausdehnung um 30 Hektar.

Im Regionalrat, der sich zuerst mit der Änderung des Regionalplans befasst hatte, war ein Kompromissvorschlag der Grünen auf keine Resonanz gestoßen. Sie hatten vorgeschlagen, eine Park-Erweiterung im Bereich des »Ententeichs« an der Berggeiststraße zuzulassen. Im Gegenzug sollte vertraglich abgesichert werden, dass die Flächen jenseits der Landstraße 194, die von Brühl nach Weilerswist führt, für immer unangetastet bleiben. Bernd Winkelmann-Strack, sachkundiger Bürger im Brühler Planungsausschuss: »Mit diesem

Vorschlag sind wir an unsere Schmerzgrenze gegangen. Leider gibt es vom Phantasialand kein Entgegenkommen. Man beharrt weiter auf der gewünschten maximalen Erweiterungsfläche!«

Wann und ob die geplante Ausdehnung tatsächlich kommt, steht trotz der Entscheidung des Planungsausschusses in den Sternen. Wir hoffen auf eine Entwicklung des Freizeitparks, die weder auf Kosten der Anwohner noch der Umwelt geht und die die Erweiterung nicht mehr nötig macht.

AGNES NICLASSEN

bioladen

30 JAHRE

Naturkost Brühl, Carl-Schurz-Str. 14, 50321 Brühl,
02232-12237, naturkost-bruehl@gmx.de



Foto: jelliam/photocase.com

BÜRGERKOMMENTAR von Doris Linzmeier

Freizeitpark-Erweiterung

Seit fast zehn Jahren findet ein kostenintensives Verfahren mit dem Ziel statt, den Regionalplan zum Zweck der Erweiterung des Freizeitparks Phantasialand zu ändern. Eingeleitet wurde dieses Verfahren aufgrund der Wunschäußerung des Unternehmens, ohne dass jemals ein belastbares Zahlengerüst vorlag. Von Seiten des Freizeitparks wird wiederholt als Begründung angeführt, dass eine Erweiterung notwendig sei, um im Wettbewerb bestehen zu können. Dabei ist das Phantasialand in seinem Marktsegment ohne nennenswerte Konkurrenz und dominiert das Einzugsgebiet West-Mitteldeutschland sowie den Osten Belgiens und den Südosten der Niederlande. Um mit den wenigen großen internationalen Vergnügungsparks – zu denen das Phantasialand nicht gehört – zu konkurrieren, reichen 30 Hektar langfristig nicht aus. Sollte demnach eine Erweiterung westlich der Landstraße 194 genehmigt werden, ist das Ziel absehbar. Bislang wurde das Verfahren zur Regionalplanänderung einseitig zu Gunsten des Unternehmens durchgeführt, von einem objektiven Abwägungsprozess kann hier nicht die Rede sein.

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Nachhaltigkeit statt Flächenverbrauch

Grüne fordern bedarfsgerechtes Wohnbauflächenkonzept

Deutschlands Bevölkerung wird »älter, bunter, weniger«, prognostiziert die Wissenschaft. Dennoch entstehen im Brühler Süden immer neue Baugebiete mit überwiegend Einfamilienhäusern, so an der Steingasse in Badorf und am Südfriedhof Richtung Schwadorf. Ein Konzept ist nicht erkennbar. Vielmehr bestimmen Investoren und Grundstücksbesitzer wann und was geplant und gebaut wird. So bleibt kein Platz für Regenversickerung, Spiel- und Ruhezone. Bezahlbare Wohnungen in Zentrumsnähe sind Mangelware. Dabei könnten sie heute und in Zukunft sowohl Familien als auch älteren Menschen ein zu Hause bieten. Wer aber möchte im Einfamilienhaus am Stadtrand wohnen bleiben, wenn die Kinder ausgezogen sind?

AGNES NICLASSEN

IMPRESSUM

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Brühl
Grubenstr. 19, 50321 Brühl

Redaktion: Johanna Mäsgen, Karin Tieke,
Sascha Lanzrath, Andy Bierschenk

VISDP: Richard K. Wiese

Telefon: 0700/343478636

www.bruehlgruen.de



Foto: Bündnis 90/Die Grünen NRW

AUS NRW

Streckenaktionstag

Grüne bei Protest gegen geplante Castortransporte dabei

Demo vor der GNS-Konditionierungsanlage – eine Atommüllanlage – am Rande eines Wohngebietes in Duisburg-Wanheim. 450 Menschen protestieren dort gegen die geplanten Castortransporte von Jülich nach Ahaus. Duisburg ist eine Station des Streckenaktionstages, der entlang der möglichen Strecke des Transports verläuft. Endstation an diesem Tag ist Jülich. Weil die Lagerlizenz des Forschungszentrums in Jülich am 30. Juni 2013 ausläuft, sollen die 152 Castoren ins Zwischenlager Ahaus gebracht werden, bis ein Endlager gefunden wird. Doch ein solcher Transport ist mit einem unkalkulierbaren Gefahrenrisiko für die Bewohner verbunden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW

AUS DER PARTEI

EGP-Congress in Paris

1000 Grün-denkende Menschen aus über 50 Ländern kamen im November 2011 zum European Green Party Congress in Paris zusammen. Unter ihnen 500 Delegierte aller Mitgliedsparteien der europäischen grünen Parteifamilie und unzählige Abgeordnete der Parlamente aller Ebenen. Ich durfte als Delegierter für NRW an diesem Kongress teilnehmen. Auf der Agenda stand ein europaweit abgestimmtes Programm der Grünen Parteien zu Maßnahmen gegen die Euro-Krise. Daneben gab es vor allem die Möglichkeit zum Kennenlernen und Vernetzen. Wann bekommt man schon einmal die Möglichkeit, sich mit so vielen Menschen unterschiedlicher Herkunft auszutauschen, die nur eines gemeinsam haben, eine grüne Grundeinstellung.

MORITZ POLL

VORSCHAU

Fragen zur Energiewende

Am dritten Mai kommt der Sprecher für Energie- und Ressourceneffizienz der Grünen im Bundestag, **Oliver Krischer MdB**, nach Brühl.

In der neuen Mensa des Max-Ernst-Gymnasiums wollen wir mit Ihnen über die Energiewende diskutieren. Gefährden die aktuellen Entscheidungen der Bundesregierung zur Kappung der Solarstromförderung den Ausstieg aus Atom- und Kohlepolitik? Welche Handlungsmöglichkeiten haben die Kommunen? Welche Möglichkeiten bestehen für uns alle, unsere eigene Energiebilanz zu verbessern? Diese und weitere Fragen sollen erörtert werden. Ab 19.00 Uhr wird Oliver Krischer für Ihre Fragen zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen finden Sie auf www.bruehlgruen.de.